Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

SV — Begr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1,90 G.-M. einschl. Bestellgeld b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1,50 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pfg Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. :: Geschäftsstellen Frankfurterstr. 16 und Bahnhofstr. 3. — Fernruf 2. Postscheckkonto Köln 10 158

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsverkehr 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige;; Reklamen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Text-Spalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Valutaaufschlag. Bei Auskunft und Offerten-Annahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen-Rechnungen sind innerhalb 8 Tagen zahlbar, andernfalls Zinszuschläge in Höhe der Bankzinsen. . . . .

Nr. 232 — Olpe, Freitag, den 3. Oktober 1924 — 84. Jahrg.

Die Deutschnationalen zur Regierungsfrage.

Die französische Antwort zur Exportabgabe. — England und die Goldanleihe.

Entschließungen der westf. Zentrumspartei.

Tagesübersicht.

)*(Olpe, 2. Oktober. Wenn man die „Entschließung" des **deutschnationalen Vertretertages** und die Berichte über Bemühungen des **Reichskanzlers** um Verbreiterung der parlamentarischen Regierungsgrundlage liest, so muß man etwas hoffnungsfreudig werden. Blickt man aber in die **deutschnationale Presse**, so wird der so wie so nicht allzu große Optimismus arg gedämpft. Die Kreuzzeitung nennt die Schritte des Kanzlers eine „Utopie"; der deutschnationale Abg. **Schlange-Schöningen** redet in Braunschweig: „Wir werden die Alten bleiben! Unser letztes Ziel wird niemals versinken in irgendwelchen Kompromißeilei. . . . . Wir alle glauben, hoffen und kämpfen für den Tag, wo unter der wehenden schwarz-weiß-roten Fahne unsere verlorenen Brüder heimgeführt werden. Das **Heer** wird dann nicht zurückkommen als ein **Heer der Republik**, sondern wieder an seiner Spitze den deutschen Kaiser." — Wenn die sehr ernst zu nehmenden Schritte des Kanzlers zur **parlamentarischen Einigung eine „Utopie"** genannt werden, wie soll man dann die Ziele des Abg. Schlange-Schöningen bezeichnen? — Vernünftiger muten einem an die **Handelsvertragsverhandlungen** welche z. Zt. mit einem unserer Hauptgegner geführt werden. Deutschnationale Reden der mitgeteilten Art sind freilich nicht geeignet, die Stellung unserer Delegierten in Paris zu stärken.

Aus der westfälischen Zentrumspartei.

Am Montag, dem 29. Sept. 1924, trat der **Provinzialvorstand der westfälischen Zentrumspartei** in Hamm zu einer stark besuchten Sitzung zusammen, die neben der Erledigung laufender Organisationsarbeiten vorwiegend der Besprechung aktueller politischer Fragen diente. Die durch die Provinzialsatzung vorgeschriebenen Neuwahlen der Orts- und Kreisvertretungen und zum Provinzial-Parteitag Provinzialvertretung) sind noch immer nicht überall durchgeführt. Wenn auch die durch die Ungunst der Witterung hervorgerufenen schwierigen Verhältnisse der Landkreise volle Würdigung finden, so darf doch mit einer Hinausschiebung der Wahlen nicht gewartet werden, da die politische Lage eine in jedem Augenblick verfügungsbereite u. lückenlos durchgeführte Organisation verlangt. Provinzialveranstaltungen konnten wegen dieser vielen Lücken bislang nicht stattfinden. Der Monat Oktober muß in allen Orten und Kreisen, wo die satzungsgemäßen Neuwahlen bisher noch nicht durchgeführt wurden, zur Neuwahl benutzt werden. Eine weitere Hinausschiebung ist unter keinen Umständen möglich. Am 17. oder 18. November tritt der Provinzialausschuß zusammen. Er wird sich neben der Darstellung der politischen Lage vorwiegend mit den satzungsgemäß erforderlich werdenden Neuwahlen bezw. Zuwahlen zum Provinzialvorstand und zum Provinzialausschuß beschäftigen. Eine große politische Kundgebung ist durch die Abhaltung eines **Provinzial-Parteitages** in Münster geplant, auf dem Reichskanzler Marx zur westfälischen Zentrumspartei sprechen wird. Im Anschluß an den Provinzialparteitag wird eine Anzahl von Bezirksparteitagen der westfälischen Zentrumspartei abgehalten und zwar wird zunächst ein Sauerländer Parteitag stattfinden. Parteitage für das Münsterland, das westf. Industriegebiet, die Mark und Ostwestfalen werden folgen. Zur Belebung der Parteiarbeit und zur politischen Aufklärung sind diese Bezirksparteitage, die in der Vorkriegszeit alljährlich abgehalten wurden, hervorragend geeignet und sie sollen gerade in diesem Jahr mit besonderer Sorgfalt vorbereitet und durchgeführt werden.

Zum Reichsparteitag 1924 wird der Vorstand der westfälischen Zentrumspartei keine Anträge stellen; doch hofft er, daß der nächste Reichsparteitag in Westfalen und zwar in der Provinzial-Hauptstadt Münster stattfindet.

Der Vorstand der westfälischen Zentrumspartei beschäftigte sich eingehend mit dem **„Entwurf eines 4. Gesetzes zur Aenderung des Reichswahlgesetzes"**. Der Entwurf ist bereits durch den Reichsrat gegangen und soll demnächst die Vollversammlung des Deutschen Reichstages beschäftigen. Dem Grundgedanken des Entwurfes: Die Zahl der Abgeordnetenmandate zur Kostenersparnis durch Erhöhung der Wählerzahl zu vermindern, wurde zugestimmt; auch das Bestreben, kleinere Wahlkreise zu schaffen, wurde durchaus gebilligt. Die Schwierigkeiten der praktischen Verwirklichung dieser Wünsche liegen im Verhältnissystem begründet, das aufrechterhalten werden muß und das eine Mehrzahl von Wahlbewerbern im Wahlkreise zur Voraussetzung hat. Das verwickelte Wahlkreissystem des Entwurfes ist unpraktisch und abzulehnen; ganz abgesehen von anderen schwerwiegenden Bedenken, hat der Entwurf eine Reihe westfälischer Kreise zu Wahlkreisen zusammengelegt, die weder historisch noch territorial irgend einen Zusammenhang haben.

Die vom Vorstand der WZP. gewünschte **Stellungnahme zum „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold"** fand ihren Ausdruck in folgender einstimmig angenommenen Entschließung: „Die Zentrumspartei steht auf dem Boden der Verfassung, die die Republik als Staatsform festgelegt hat. **Als traditionelle Verfassungspartei verteidigt sie die Verfassung von Weimar gegen alle ihre Gegner.** Aus diesem Grunde hält der Vorstand der WZP. Sonderorganisationen zum Schutze der Verfassung für einen Anhänger der Zentrumspartei nicht für angezeigt; **deshalb kann der Beitritt zum „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" nicht empfohlen werden.** Der gegebene Boden, von dem aus die Verfassung geschützt, und die politische Betätigung zu betreiben, ist für unsere Parteifreunde die Zentrumsorganisation, deren Stärkung allen Parteiangehörigen angelegentlichst empfohlen wird. **Durch Sonderorganisationen wird die Einigkeit der Partei geschwächt und die Stoßkraft der Partei gelähmt."**

Daß die politische Aussprache wiederholt Gelegenheit gab, das lebhafte Vertrauen des Provinzial-Vorstandes zur Politik der Reichsregierung und namentlich zur Politik des Reichskanzlers Marx und der Zentrumsfraktionen des Deutschen Reichstages und des Preußischen Landtages auszudrücken, bedarf nicht der besonderen Versicherung. Dieses Vertrauen ist zu selbstverständlich, als daß es einer besonderen Entschließung bedarf.

Die Tagung der Deutschnationalen Parteivertretung.

Das Ergebnis.

Die Sitzung der Deutschnationalen Parteivertretung fand abends gegen 8 Uhr ihr Ende. Ueber den Verlauf der Verhandlungen wird von der Deutschnationalen Volkspartei folgender

Bericht

ausgegeben:

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei trat am Dienstag unter zahlreicher Beteiligung zusammen. Der Parteivorsitzende Staatsminister Hergt erstattete Bericht über die Reichstagsberatungen zum Sachverständigengutachten und über die inzwischen stattgehabten Besprechungen über den Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung.

Bei seiner eingehenden Würdigung der politischen Lage verwies er u. a. auf das Schreiben der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vom 28. Aug., worin vollstes Verständnis für die bei der Deutschnationalen Volkspartei bestehende bittere Enttäuschung über das in London nicht Erreichte zum Ausdruck kam. In diesem Schreiben wurde die Deutschnationale Volkspartei zur Mitwirkung an der Zukunftsarbeit aufgerufen, bei der dann alles darauf ankomme, mit allen Kräften das nachzuholen, was in London noch nicht durchgesetzt werden konnte. Er nahm ferner auf den Beschluß des Fraktionsvorstandes der Deutschen Volkspartei vom 24. September Bezug, worin gerade die Uebernahme der Reparationslasten nur gegen Sicherung von Freiheit, Ehre und Existenzmöglichkeit als Richtlinie bezeichnet wird.

Es gelangte in der eingehenden Aussprache zum Ausdruck, daß auf Grund solcher Kundgebungen der Deutschen Volkspartei sich eine Verständigung über eine gemeinsame nationale Arbeit mit den anderen in Betracht kommenden Parteien finden lassen könne, bei der die Deutschnationale Volkspartei ihr vornehmstes Ziel, die politische und wirtschaftliche Freiheit Deutschlands unter allen Umständen weiter zu verfolgen entschlossen ist. In der Aussprache wurde ferner auch in vollster Würdigung der schwierigen Lage das unablässige selbstlose Bemühen des Parteivorsitzenden anerkannt unter Wahrung des eigenen ablehnenden Standpunktes einen Ausgleich unter den abweichenden Auffassungen der Reichstagsfraktion herbeizuführen und dadurch die Geschlossenheit der Fraktion zu erhalten. Es wurde folgende

Entschließung

gefaßt:

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei ist ebenso wie die Vorsitzenden der Landesverbände einmütig gewillt, die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Nachdem der Reichstag die auf dem Londoner Abkommen beruhenden Gesetze angenommen und somit zur rechtlich bindenden Norm, die der Durchführung bedarf, gestaltet hat, ist es Pflicht der Partei, sich Einfluß auf die Auslegung, Handhabung und Verbesserung der Gesetze zu verschaffen. Die Parteivertretung billigt deshalb daß die Reichstagsfraktion sich den von dem Herrn Reichskanzler Marx in Aussicht gestellten Verhandlungen über die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung nicht verschließt.

Die in der Entschließung gekennzeichnete Stellung der Deutschnationalen ist nach wie vor unklar. Die Deutschnationalen müssen klipp und klar erklären, daß sie gewillt sind, loyal an der Durchführung der vom Reichstag beschlossenen Dawes-Gesetze mitzuarbeiten. Bei den nun beginnenden Verhandlungen, die vom Reichskanzler alsbald eingeleitet werden sollen, muß den Deutschnationalen ein Programm vorgelegt werden, dem sie ihre volle Zustimmung geben müssen; andernfalls ist eine Zusammenarbeit unmöglich.

Die Frage der Regierungserweiterung.

Aus Berlin wird uns mitgeteilt:

Der Reichskanzler **Marx** hat sofort, nachdem ihm offiziell der Beschluß der Vertretertagung der Deutschnationalen mitgeteilt worden war, die Erweiterung der Basis der Reichsregierung in die Wege geleitet. Er hat **gleichzeitig an die Deutschnationalen und an die Sozialdemokraten** Einladungen zu Besprechungen gerichtet. Bei dieser Maßnahme ging die Reichsregierung von der Tatsache aus, daß sowohl die Sozialdemokraten wie auch ein großer Teil der Deutschnationalen Volkspartei durch ihre Haltung bei der entscheidenden Abstimmung der Londoner Gesetze die Annahme dieser Gesetze ermöglicht haben. Die Verhandlungen mit der **Bayerischen Volkspartei**, die gleichfalls und zwar geschlossen für die Londoner Gesetze eingetreten ist, werden alsbald in die Wege geleitet.

Freilich darf man sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Bemühungen zur Herbeiführung einer Regierung in welcher neben den Sozialdemokraten auch Deutschnationale vertreten wären, außerordentlichen Schwierigkeiten begegnen. Man

erwägt indessen eine Möglichkeit,

die es gestattet, trotz aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten und trotz der grundsätzlichen, völlig verschiedenartigen Einstellung beider Richtungen eine **gemeinsame Arbeitsbasis** herzustellen. Das würde gegebenenfalls dadurch herbeizuführen sein,

daß zunächst lediglich zur Ausführung der Londoner Gesetze bezüglich ihrer innen- und außenpolitischen Rückwirkungen eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft gebildet wird. .

Das würde bedeuten, daß eine geschlossene parlamentarische Gruppe die aus den Gesetzen sich ergebenden finanzpolitischen, insbesondere **steuerlichen** Aufgaben zu lösen hätte, wobei es als im höchsten Grade erwünscht sein muß, daß bei solcher Arbeit **alle Schichten** des deutschen Volkes und alle Stände und Interessengruppen ihre Vertretung hätten. Selbstverständlich wäre eine solche Arbeitsbasis nur möglich, wenn über die

Grundfragen,

die sich aus der **Stellung zum heutigen Staate einerseits und aus der Einstellung zu der bisher betriebenen Politik andererseits** ergeben, volle Klarheit herrschte. Es wird daher erwogen, eine derartige Arbeitsbasis dadurch herbeizuführen, daß die auf ihr sich sammelnden Parteien sich einmal unzweideutig zu der gegenwärtigen **Staatsverfassung und ihrem Schutze** bekennen und daß zum zweiten die **Fortführung der bisherigen Politik**, insbesondere nach der außenpolitischen Seite hin festgestellt wird. Die Sozialdemokraten haben nicht grundsätzlich eine Einladung zur Besprechung auf dieser Basis abgelehnt, desgleichen auch nicht die Deutschnationalen, doch werden erst die weiteren Verhandlungen ergeben, ob im Zuge solcher Gedankengänge die Schaffung einer wirklichen Volksgemeinschaft durchführbar ist.

Das Zentrum und die Regierungsfrage.

:: **Berlin**, 2. Okt. Die Politik des Zentrums ist Politik des Ausgleichs. Seinem ganzen Wesen nach würde das Zentrum demgemäß niemals die Hand bieten können und dürfen zu einer Politik, **die die Herrschaft einer Klasse** gegenüber einer anderen proklamierte.

Davon müssen wir ausgehen, wenn wir uns mit dem deutschnationalen Wunsche, an der Regierung beteiligt zu werden, beschäftigen. Prinzipiell ist das Zentrum stets für die Heranziehung auch der Deutschnationalen zu verantwortungsbewußter, **positiver** Mitarbeit eingetreten. Das Zentrum hat wiederholt erklärt, daß von einer solchen Mitwirkung der Deutschnationalen zweifellos auch

eine Beruhigung unserer innerpolitischen Verhältnisse

erwartet werden kann. Die Deutschnationalen selber haben freilich alle diese Bemühungen von seiten des Zentrums oft genug nicht nur erschwert, sondern geradezu **durchkreuzt** durch eine Politik **hemmungsloser Bekämpfung, ja direkter Sabotage**. Nachdem die Deutschnationalen nunmehr aber durch ihre Abstimmung im Reichstag dieser von ihnen seit Jahren bekämpften Politik in ihrem Gipfelpunkt die Zustimmung nicht versagen konnten und nun selber diese Reichstagsentscheidung in ihrem Vertreterbeschluß ausdrücklich als

rechtlich bindende Norm, also als Grundlage für alle weitere Politik nach innen und außen anerkennen,

steht nichts mehr im Wege, die Deutschnationalen zu befragen, ob sie nun auch als **Partei** — und das ist die Voraussetzung — bereit und entschlossen sind, die Mitverantwortung für die Führung dieser Politik zu übernehmen.

Denn das ist selbstverständlich, daß es sich nur um die

Fortsetzung der bisherigen Politik

handeln kann. Daß diese Politik die **richtige** war, geben ja die Deutschnationalen in ihrem Vertreterbeschluß ganz unumwunden zu. Sie würden sonst nicht das auf Grund dieser Politik geschaffene Ergebnis als „rechtlich bindende Norm" anerkennen können. Freilich steckt hinter dieser Formulierung auch ein Vorbehalt den man nicht übersehen darf. Die Deutschnationalen behalten sich vor, dieser bisher betriebenen Politik eine **Wendung** in ihrem Sinne zu geben. Und daraufhin deutet die in dem gleichen Vertreterbeschluß zum Ausdruck gebrachte Absicht, die Ausführung der in London geschaffenen Gesetze im Sinne der Deutschnationalen zu beeinflussen.

Hier müssen allerdings ganz bestimmte Klärungen vollzogen werden, ehe die Deutschnationalen in die Regierung herangezogen werden. Die übrigen Parteien müssen wissen, was sich die Deutschnationalen unter solchen Beeinflussungen vorstellen und mit welchen Mitteln und Methoden sie gluuben, diesem Ziel näher zu kommen. Das Zentrum kann nicht die Hand dazu bieten, daß seine ehrliche und gerade Politik durch irgendwelche Maßnahmen, gar noch einer künftigen Regierungspartei verwässert werde. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch unser Bemühen fortgesetzt auf die Herbeiführung von Erleichterungen gerichtet sein muß, und daß wir den jetzt geschaffenen Zustand nicht als einen endgültigen betrachten können. Aber

die Basis der gegenwärtigen Politik muß unverändert

bleiben, und wer mitarbeiten will, muß sich ehrlich auf den Boden **dieser** Politik stellen. Nachdem die Londoner Abmachungen gerade eine Epoche des Mißtrauens gegenüber Deutschland beendeten, nachdem die große Vertrauenskrise, in der sich Deutschland gegenüber der ganzen Welt befand, damit beendet wurde, muß alles vermieden werden, was Anlaß zu neuem Mißtrauen nach innen oder außen geben könnte. Immer noch wichtiger als die Beteiligung einer Partei an der Regierung ist

das Ansehen und die Geltung der deutschen Politik in der Welt.

Die Deutschnationalen werden also schon recht **beweiskräftige Garantien für die Ehrlichkeit und Opferwilligkeit** ihrer politischen Mitarbeit geben müssen, wenn sie an den Regierungsgeschäften beteiligt sein wollen. Und diese Garantien werden in bindender Form verlangt werden müssen, und sie dürfen sich nicht nur auf die Wahrung der bisher eingeschlagenen außenpolitischen Linie, sondern auch **darauf** beziehen, daß nach innen alle politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um endlich einmal unserem Volke und unserer Wirtschaft die ruhige und stetige Entwicklung zu sichern.

Es ist daher zu billigen, daß der Reichskanzler, der sich ausdrücklich die Zügelführung bei den kommenden Verhandlungen mit den Parteien ausbedungen hat, nicht nur mit der Rechten, sondern auch mit den **positiven** Elementen, die auf der **gemäßigten Linken** stehen, in Fühlung tritt, um die Bereitschaft für ein gemeinsames Zusammenwirken im Interesse **des** Volksganzen zu erkunden. Man muß sich immer vor Augen halten, daß die Demokraten und die Sozialdemokraten sich in den schwersten Zeiten mit dem Zentrum

für die Führung der Reichsgeschäfte zur Verfügung gestellt

haben, zu einer Zeit jedenfalls, in der alle diese Parteien der schärfsten Bekämpfung gerade der Deutschnationalen, die bisher noch **niemals** die Regierungsverantwortung übernommen hatten, ausgesetzt waren. Und dort, wo die Deutschnationalen Einfluß auf die Regierung hatten, sind die Ergebnisse dieser Politik dem deutschen Volke **nicht zum Segen** gediehen. In dieser Zeit, in der wir uns immer noch in der Liquidierung des größten verlorenen **Krieges** befinden, bedürfen wir **aller** Schichten und Stände des deutschen Volkes, um aus der gemeinsamen **Not** durch

gemeinschaftliche Arbeit

herauszukommen. Lieber würde das Zentrum auf eine Mitarbeit in der Regierung verzichten, als daß es sich zu einer Politik hergäbe, die letzten Endes nur auf eine Teilung des Volkes in zwei Kampfgruppen hinausliefe. Ohne die Beteiligung des Zentrums aber ist eine **ersprießliche** Politik überhaupt **nicht** möglich. Das Zentrum sieht es im übrigen als eine heilige Pflicht an, alle seine Kräfte in den Dienst der Gesamtheit des Volkes uud des Vaterlandes zu stellen und darum auch mit allen vertretbaren Mitteln die Ueberbrückung der Gegensätze

auf der Linie allein ausgleichender Gerechtigkeit

zu vollziehen. Von dieser Politik werden sich die Zentrumspartei und ihre Führer, gerade auch **bei** den jetzigen schicksalsschweren Entscheidungen, **nicht um Haaresbreite abbringen lassen.**

Erwacht das soziale Gewissen?

Von Ed. **Bernoth**, Berlin.

Mehrere hochbedeutsame Kundgebungen der letzten Zeit sind in sozialen Kreisen mit besonderer Genugtuung aufgenommen. An alle Personen, die verantwortlich und schaffend im Wirtschaftsleben stehen, wird immer und immer wieder der Appell gerichtet, zur

Milderung der Klassengegensätze

tätig beizutragen.

Mit einer Offenheit, wie man sie sonst selten findet, wandte sich vor einiger Zeit der

Präses des kath. Gesellenvereins zu Berlin,

Pater Siebert, in der Presse an die Arbeitgeber, diese ermahnend, die Grundsätze der Nächstenliebe in der sozialen Betätigung für die eigene Arbeiterschaft wahrzumachen. „Ich habe den Eindruck," sagte er, „unsere emporstrebenden Unternehmer sind oft sehr tüchtige Geschäftsleute, können haarscharf kalkulieren, klug die Konjunktur ausnutzen und den Konkurrenten überflügeln, aber eines geht ihnen oft ab: Sie sind keine Seelenkenner, verstehen die Seele des Arbeiters nicht oder nicht mehr, selbst wenn sie von der untersten Stufe emporgestiegen sind. Daß die hohen Löhne den Betrieb ruinieren sollen, ist seit dem Kriege so oft gehört und durch die Wirklichkeit widerlegt worden. Der Augenblick ist gekommen, wo die Arbeitgeber zeigen müssen, daß sie neben ihren wirtschaftlichen Gedankengängen auch noch **andere Lebenswerte kennen.**"

In breiter Form und weiter ausholend, nahm Anfang Juli die **Gesamtvertretung der deutschen evangelischen Landeskirchen,**

der erste deutsche Evangelische Kirchentag, zu den sozialen Problemen Stellung. Die Menschen müßten es wieder lernen, in dem anderen den Bruder zu sehen. Menschenverachtung gelte heute vielen **als vornehm,** Klassenhochmut als Standespflicht. Ausnutzung der Lage als Geschäftstüchtigkeit, Selbstsucht, die nur an den eigenen Vorteil denkt, **als selbstverständlich. Wahrhaftig** soziale Gesinnung stammt aus dem christlichen Glauben, mit dem die Ueberzeugung von dem unvergleichlichen Wert der Menschenseele, die Pflicht zur Brüderlichkeit und zum opferwilligen Dienen gegeben ist. Die Lasten, die wir tragen müssen, sollen wir nicht auf die Schultern der Nächsten laden, sondern: Einer trage des anderen Last!

Vor wenigen Tagen haben die

deutschen Bischöfe von Fulda aus

eine ernste Kundgebung an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerichtet. Es gibt keine verschiedene Moral für die verschiedenen Stände, die **gleichen sittlichen Gesetze und sozialen Pflichten** obliegen allen. Die **Arbeitgeber** werden vor der Anwendung egoistischer und materialistischer Grundsätze im Wirtschaftsleben gewarnt. Sie hätten die Pflicht gerechter und wohlwollender Lohn- und Arbeitszeitbemessung. Die Arbeitgeber sollen ein Herz haben für die Lage der Arbeiter und ihrer Familien. Die **Arbeiter** hinwiederum werden zu tüchtiger Arbeitsleistung und Vertragstreue ermahnt. Sie sollen sich dem aufrührerischen Treiben gewissenloser Hetzer und umsturzlustiger Parteien fernhalten.

Gelegentlich der

63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands

in Hannover wurde am 1. September 1924 nach einem Referat des Universitätsprofessors Dr. **Aulard** (Würzburg) über „Kapital und Arbeit im Lichte des Christentums" folgende Erklärung zur sozialen Frage angenommen:

„Wir beklagen es, daß infolge einer falschen wirtschaftlichen Grundeinstellung eine befriedigende Lösung des Verhältnisses zwischen

Kapital und Arbeit

bisher nicht gefunden wurde. Die Arbeitskraft war zur Ware erniedrigt worden, sie ist aber vielmehr persönliche und sittliche Tat eines Menschen. Diese Auffassung verlangt eine menschenwürdige Behandlung u. Achtung der Arbeitenden als Gehilfen beim Produktionsprozeß. Der Mensch steht über der Sache. Aus gleichem Grunde hat d. Arbeiter Anspruch auf Entlöhnung, die ihm die Möglichkeit gibt zur Familiengründung und zur Führung eines menschenwürdigen Daseins, daß den Anforderungen der jeweiligen Kultur entspricht.

Kapital ist eine Form des Privatbesitzes, die sich in der neuzeitlichen Wirtschaft mit Notwendigkeit herausgebildet hat.

Als belebendes Element des Produktionsprozesses wird das Kapital auch im künftigen Wirtschaftsleben nicht entbehrt werden können; aber es darf nicht für sich allein die Wirtschaft beanspruchen. Keineswegs dürfen wir uns verleiten lassen, unter dem Vorwand wirtschaftlicher Notwendigkeiten in dem schweren wirtschaftlichen Ringen der Gegenwart einseitig alle Lasten auf die Schultern der arbeitenden Stände zu legen. Das Interesse des Privatbesitzes muß seine Grenzen finden an dem Wohl des gesamten Volkes. Die wahre Versöhnung von Kapital und Arbeit kann nur der Geist des Christentums bringen, der beiden Elementen unter dem ewigen Sittengesetz die entsprechende Geltung zuweist."

*

Unter der Ueberschrift „Der Ruf der Stunde" brachte die Germania (Nr. 399 vom 31. August 1924) einen Artikel aus der Feder **des durch seine soziale** Studentenarbeit im In- und Ausland weltbekannten

Dr. Karl Sonnenschein.

Dieser Artikel ist geeignet, berechtigtes Aufsehen zu erregen. Mit schonungsloser Offenheit deckt Dr. Sonnenschein die sozialen Schäden unserer Tage auf. Aber damit allein begnügt er sich nicht. Er sagt auch ebenso frei und offen,

was zu tun ist,

wie es nun gemacht werden muß.

„Viele bedrängt die Not des Lebens. Sie möchten Christen sein. Aber, die es ihnen zeigen sollten, sind nur kühle Wegweiser und hölzerne Breiter mit Anschlag. Diese Menschen möchten Kinder haben. Diese Menschen besahen im Innersten die christliche Ehe und haben ein fernes Gefühl, wie wunderbar die Feinheit einer Kultur ist, über der das Bild einer gotischen Madonna schwebt. Die zermürbende Fron der täglichen Arbeit zerschlägt jeden Madonnentraum. Es nützt nichts, daß über dem großem Schauspiel in Berlin der Fesselballon hängt mit der Aufschrift: „Die zehn Gebote". Vom Film, der ein Geschäft ist, und aus den Schaufpielhäusern kommt Erlösung nicht. Die Predigt der kinderfrohen Familie fordert unablässige Sozialreform. Die Mietskaserne ist ein Verrat an den zehn Geboten Gottes."

Solche und ähnliche Gedanken, von einflußreichen Stellen und bedeutenden Führern ausgesprochen, waren in dieser Form einmal zwingende Notwendigkeit. Sie wirken gewissermaßen wie ein reinigendes Gewitter. Trotz aller Not müssen wir uns einmal über den rauhen Alltag erheben können. Wir müssen

den Silberstreifen sehen,

von dem ein deutscher Staatsmann gesprochen; wir müssen ihn sehen als Ziel unseres **gemeinsamen sozialen Wirkens.** Und Mut und Hoffnung müssen wir daraus schöpfen.

Alles redet

vom Wiederaufbau der Wirtschaft.

Daran wollen wir mit allen Kräften helfen. Aber gibt es denn nur einen wirtschaftlichen Wiederaufbau? Müssen nicht **Menschen** diese Wirtschaft im Gange halten, Menschen mit einem Glückseligkeitstrieb, mit Wünschen und Hoffnungen? Der Wiederaufbau kann dem deutschen Volke nicht zum Heile gereichen, wenn der soziale Geist verbunden mit der sozialen Tat sich nur selten an die Oberfläche wagen. Vielleicht nur in gelegentlichen Kundgebungen. Nein, die soziale Gesinnung muß uns allen zum Erlebnis, muß uns allen zur unbedingten Notwendigkeit werden, um freies Menschentum zu entwickeln. Dann werden wir nicht wissenschaftliche Thesen und Antithesen darüber anstellen, ob der Soziallohn oder der reine Leistungslohn wirtschaftlicher ist, sondern dann werden wir darüber sinnen, wie den bedürftigen Familien am besten geholfen werden kann.

Wir hatten Söhne — sagt Dr. Sonnenschein —, deren höchstes Glück der Reserveoffizier war. Wir hatten Töchter, deren letzter Traum das zerhackte Gesicht war. Wir hatten Studenten, deren heimlicher Gott der verzerrte Herrentypus, der eckige Mund, die gequälte Begrüßung, der schnarrende Ton. Das gehörte der Zeit der Heloten. Das war Ausdruck der Aufschneiden und Lernenden, der Gedulteten. Heute aber sind wir frei. Und der Ruf der Stunde ergeht an alle, die da guten Willens sind.

Handelsvertrags-Verhandlungen mit Frankreich.

WTB Paris, 1. Okt. Beim heutigen Empfang der deutschen Handelsdelegation durch Herriot in Paris hielt dieser eine Ansprache, in der er u. a. erklärte, er begrüße die deutsche Delegation, die sich aus qualifizierten Persönlichkeiten zusammensetze. Die beginnenden Verhandlungen seien eine logische Folge der Londoner Verhandlungen. Die Statistik beweise, daß der Wert der Aus- und Einfuhr zwischen Deutschland und Frankreich ziemlich der gleiche gewesen sei. Beide Länder könnten sich daher gegenwärtig große Dienste leisten. Die französischen Unterhändler gingen ohne Hintergedanken und mit dem Willen, alle möglichen Schwierigkeiten im wohlwollenden Sinne zu lösen, in die Verhandlungen hinein. Ein neues Kapitel des Friedens gelte es zu schaffen und hoffentlich würden die Anstrengungen eine neue Zeit beginnen lassen. Ein Vertrag, wie der, den es zu schaffen gelte, sei angesichts der gegenwärtigen Umstände ein Werk der Annäherung der Zivilisation. Botschafter von Hoesch antwortete u. a.: Auch deutscherseits werden die Verhandlungen mit dem ehrlichen Wunsche geführt, zu einem Ergebnis zu gelangen, das für beide Länder annehmbar und ersprießlich sei. Ebenso wie die Londoner Verhandlungen hätten die jetzt begonnenen Verhandlungen das Ziel, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern, besonders die wirtschaftlichen und finanziellen Abmachungen, aus der Sphäre der Politik herauszuheben. Schwierigkeiten seien zu erwarten. Doch hoffe er, daß angesichts der beiderseitigen Interessen ein Erfolg herbeigeführt würde. Herriot teilte darauf mit, daß die Arbeiten der Delegationen am 2. Oktober im Handelsministerium unter dem Vorsitz von Bornaldy ihren Anfang nehmen und schloß die Sitzung.

WTB Berlin, 2. Okt. Wie bekannt, haben seit Inkrafttreten des Vertrages von Versailles nicht nur die Staaten, mit denen Handelsverträge bestehen, sondern außerdem sämtliche alliierten und assoziierten Mächte einen Anspruch darauf, daß die Erzeugnisse der Länder bei der Verzollung in Deutschland nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung behandelt werden. Mit Rücksicht darauf ist seiner Zeit durch Gesetz vom 21. und Bekanntmachung vom 28. Juli 1920 angeordnet worden, daß die vertragsmäßige Zollbehandlung bis auf weiteres auf Waren jeden Ursprunges anzuwenden ist. Demgemäß wird in Deutschland bei der Verzollung gleichartiger Erzeugnisse kein Unterschied mit Rücksicht auf den Ursprung gemacht. Die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die meistbegünstigte Zollbehandlung wird mit dem 10. Januar 25 unwirksam. Deutschland gewinnt daher soweit keine Handelsverträge bestehen, von diesem Zeitpunkt an wieder die Freiheit in der Gewährung der Meistbegünstigung an andere Länder. Mit Rücksicht hierauf hat die Reichsregierung unbeschadet der vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten zur Anwendung besonderer Vergeltungsmaßnahmen, eine Verordnung erlassen, nach der vom 11. Januar 1925 ab die meistbegünstigte Zollbehandlung, soweit nicht besondere Vertragsbestimmungen bestehen, nur noch auf die Erzeugnisse solcher Länder anzuwenden ist, in denen auch die deutschen Erzeugnisse tatsächlich nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung behandelt werden.

WTB Berlin, 1. Oktober. Die von der französischen Regierung am 30. September der deutschen Botschaft übergebene Antwortnote betreffend

die 26prozentige Exportabgabe

lautet in deutscher Uebersetzung:

Die französische Regierung hat die Ehre, der deutschen Botschaft den Empfang der Note vom 26. September zu bestätigen, die sich auf die Inkraftsetzung des französischen Gesetzes vom 21. April 1924 bezieht, das eine 26prozentige Importabgabe auf deutsche Erzeugnisse legt. Diese Maßnahme erscheint der französischen Regierung durchaus in Uebereinstimmung mit dem Geiste des Dawesplanes und der Londoner Abmachungen berechtigt. Der Dawesplan hat tatsächlich die Art eines Transfers, der sich aus der Anwendung des Reparations Recovery-Aktes ergibt, gebilligt und hat nirgends festgestellt, daß dieses System nicht auch durch andere alliierte Signaturmächte angewendet werden kann. Andererseits widerspricht der Artikel 7 Anlage 3 des Londoner Protokolls wörtlich von den Einnahmen, die sich aus dem englischen Recovery-Akt oder ähnlicher Maßnahmen, die durch die übrigen alliierten Regierungen etwa getroffen werden können, ergeben. Mann kann nicht annehmen, daß die Verfasser dieser Bestimmung der Auffassung gewesen wären, daß diese Bestimmung nicht auch für die anderen Regierungen anwendbar sei. Es gehört jedenfalls zur Zuständigkeit des Transfers-Komitees (gemäß Anlage 6 § 4 a des Dawesplanes) den Zahlungsplan zu regeln. Im übrigen ist die französische Regierung davon überzeugt, daß die Verordnung vom 18. September 1924 weder dem Geiste ihrer Entstehung nach noch dem Geiste ihrer Anwendung nach eine Gefährdung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes Deutschlands darstellt. Der zu erwartende Ertrag ist auf Grund der Zollstatistiken der ersten sieben Monate des Jahres auf 300 000 Goldmark im Oktober und auf 2—3 Millionen Goldmark pro Monat in der Folge errechnet worden. Soweit es den französisch-deutschen Handelsverkehr betrifft, kann daher eine schädliche Rückwirkung weder auf das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands noch auf die Durchführung des Sachlieferungsprogramms anerkannt werden. Die französische Regierung ist daher der Ansicht, daß der für die Inkraftsetzung der Verordnung vorgesehene Aufschub von 10 Tagen für den Zurückzahlungsmodus völlig ausreicht und die deutsche Regierung in die Lage versetzt, auf den französischen Handel die gleichen Bestimmungen anzuwenden, die von ihr getroffen wurden, um ein gutes Funktionieren des englischen Recovery-Aktes sicherzustellen. Die französische Regierung begrüßt mit Freude die Versicherung der deutschen Regierung, daß alle notwendigen Maßnahmen in dieser Hinsicht getroffen sind und versichert ihrerseits, daß sie mit Wohlwollen die Anregungen prüfen wird, um die Regelung zu erleichtern und den Bedürfnissen des deutsch-französischen Handelsverkehrs anzupassen.

Kleine politische Nachrichten.

WTB Berlin, 1. Oktober. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft trat heute unter der Leitung des Präsidenten Dr. ing. von Siemens zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Er stellte die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft fest, die bereits durch einen Arbeitsausschuß vorbereitet wurde. Zu Mitgliedern des Vorstandes der Reichsbahngesellschaft wurden auf Vorschlag des Generaldirektors Oeser die Herren Vogt, (Verkehr) Kumbier (Betrieb und Beamte), Anner (Werkstätten), Hitzler (Personal), Jahn (Finanzen), von Frank (Gruppenverwaltung Bayern) und zum Leiter der Verwaltungsabteilung Geheimer Regierungsrat Wolff ernannt. Der Bericht des Generaldirektors über die Finanzlage wurde zur Kenntnis genommen. Die zur Ueberleitung des Unternehmens der Deutschen Reichsbahn auf die Gesellschaft notwendig werdenden Vorbereitungen sind getroffen.

WTB München, 1. Oktober. Wie die Korrespondenz Hoffmann halbamtlich meldet, fand sich auf Einladung des Handelsministeriums im Rathause ein großer Kreis von Interessenten zu Besprechungen über die Gründung einer bayerischen Flughafengesellschaft ein. Den Ausführungen des Handelsministers war zu entnehmen, daß sich die bayerische Regierung materiell mit einem großen Geldbetrag an der Errichtung der Gesellschaft beteiligen und ihr die bereits bestehenden großen Flughäfen zur Benutzung überlassen werde. Der Vertreter des Reiches führte aus, daß auch das Reich sich an der Gesellschaft beteiligen würde. Auch von Städten wurden mehrfach Beitrittserklärungen abgegeben. Vom Handelsministerium wird ein Statut für die zu gründende Gesellschaft ausgearbeitet und zu diesem Zwecke eine engere Kommission einberufen.

WTB Berlin, 2. Oktober. Wie der Vorwärts aus München berichtet, schreibt die Bayerische Landeszeitung: Die Fraktion der Deutschnationalen im bayerischen Landtage habe sich noch vor wenigen Tagen für die Freilassung Hitlers und sein Verbleiben in Bayern eingesetzt. Inzwischen habe sich eine gänzlich veränderte Situation ergeben. Durch die neuen Bestrebungen, eine Nebenregierung in Bayern aufzurichten die sich die Beseitigung der verfassungsmäßigen Regierung zum Ziele gesetzt hat, seien prominente Führer der Nationalsozialisten darunter auch Hitler, außerordentlich belastet. Die Fraktion der Deutschnationalen hat sich daher entschlossen, der Bewilligung einer Bewährungsfrist Hitlers entgegenzutreten.

Preußischer Landtag.

Siedlungsfragen. — Eine neue Stadt.

WTB Berlin, 2. Oktober. (Drahtb.) Vizepräsident Dr. von Gaeis eröffnet die Sitzung, um 12einviertel Uhr. Die 2. Beratung des **Haushaltes der landwirtschaftlichen Verwaltung** wird fortgesetzt. Es folgt die Besprechung der einzelnen Titel:

Bei der **Siedlungsfrage** verweist Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff auf die etatistischen Ergebnisse bezüglich der Siedlung. Sie dürfte nicht überschätzt werden. Man soll sie aber auch nicht zu gering einschätzen angesichts der augenblicklichen Landwirtschaftsnot, die wir überhaupt in den letzten Jahren gehabt haben. Was unter den wenig erfreulichen Umständen erreicht werden konnte, sei erreicht worden. Die Staatsverwaltung ist den ihr erwachsenden aufgaben in weitestgehendem Maße gerecht geworden. Im laufenden Jahre sind die Aussichten für eine erhöhte Siedlungstätigkeit leider nur sehr gering. Zum größten Teil ist das eine Folge der vorjährigen Inflationskrise. Das Reich hat seine Zuschüsse einstellen müssen und seine bisherigen Verpflichtungen auf die Länder abgewälzt. Den Siedlungsgesellschaften müssen, wenn man weiter großzügig arbeiten wolle, Zwischenkredite gewährt werden. Der Weg der Enteignung muß hier ausgeschaltet werden. Dringend ist notwendig aber auch, den Domänenbesitz des Staates wieder auszufüllen. Nachdem ihm durch das Versailler Diktat eine große Bodenfläche verloren gegangen ist.

Abg. Höpker Aschoff (D). begründet einen Antrag der Demokraten, welcher unter gewissen Bedingungen ein Erbschaftsrecht oder Eigentumsrecht denjenigen Pächtern von Pachtländern einräumt, deren Familien in 2 Generationen das Land besaßen oder urbar gemacht haben.

Abg. Wilberg (DN). verlangt, daß den Siedlungsgesellschaften schärfer auf die Finger gesehen werden solle.

Abg. Papen (Z). tritt für eine Vereinfachung des Geschäftsgangs ein.

Abg. Boes (DN). erörtert die Vorgänge, die sich im Kreise Torgau gelegentlich der Betätigung einer Siedlungsgesellschaft abgespielt haben. Durch die unzweckmäßige Zerschlagung der betr. Güter seien sowohl die Siedler als auch die Gutsbesitzer geschädigt worden.

Abg. Schmelzer (Z). betont die Notwendigkeit schleuniger Entschädigung der früheren Besitzer. Für Siedlungsgesellschaften müßten Kredite bereitgestellt werden.

Abg. Weisermel (DN). bezeichnet die jetzige Meliorationsleistung als zu teuer. Das Reich warnt vor der Zerschlagung des Landeskulturamtes, eines geeigneten Instruments zur Erzielung praktischer Siedlungen.

Landwirtschaftsminister **Dr. Wendorff** sagte weitgehende Förderung der landwirtschaftlichen Wohnungsbauten zu. Damit ist der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung erledigt.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes über die Vereinigung der **Stadtgemeinden von Lehe und Gestemünde.** Der Ausschuß hat der Vorlage zugestimmt. Die neue Stadt soll **Wesermünde** heißen.

Abg. Brexour (S). hält es als Berichterstatter für wesentlich, daß die Zusammenlegung der 3 Städte Bremerhaven, Lehe und Gestemünde erfolgen dürfe. Im Ausschuß wurde die Zusammenlegung gegen 4 Stimmen beschlossen. Zentrum, Demokraten, Volkspartei und Kommunisten stimmen der Vorlage zu.

Das Haus vertagt sich darauf auf Freitag 12 Uhr. Tagesordnung: im Ministerium des Innern: Abstimmung über den landwirtschaftlichen Etat.

Ausland.

WTB London, 1. Okt. Wie Reuter meldet, haben die Vertreter der Morgangesellschaft und der Bank von England die Unterhandlungen über die deutsche Goldanleihe so gut wie abgeschlossen. Die Rechtssachverständigen der Bank von England bestätigen, daß die Bedingungen der Anleihe mit dem Dawesbericht und dem Londoner Uebereinkommen im Einklang stehen. Der amerikanische Anteil an der Anleihe wurde auf 100 Millionen Dollar festgesetzt. Die Anleihe wird wahrscheinlich Mitte Oktober an alle Länder gleichzeitig ausgegeben werden. Der endgültige Verteilungsschlüssel ist noch nicht bestimmt. Die britische Quote wird wahrscheinlich zwischen 10 und 15 Millionen Pfund Sterling betragen.

Kommunalpolitisches.

WTB Berlin, 1. Okt. Dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge geben die Vorkommnisse der letzten Zeit dem Minister des Innern und dem Finanzminister Veranlassung, in einer gemeinsamen Verfügung vom 23. September auf die Beachtung der nachfolgenden beiden für Durchführung des Personalabbaues in den Kommunalverwaltungen nochmals hinzuweisen: Zwingende Voraussetzung für die Durchführung dieses Personalabbaus sei, daß die Auswahl der abzubauenden Beamten lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten getroffen wird. Die Befugnis, die den Aufsichtsbehörden hinsichtlich der Wiederbesetzung freigemachter Stellen zustehe, muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. Wenn der Stelleninhaber und nicht die Stelle abgebaut ist, wird die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zur Wiederbesetzung der Stelle vor der Freimachung von der Gemeindeverwaltung einzuholen sein. Die Genehmigung zur Wiederbesetzung der Stelle kann seitens der Aufsichtsbehörde, wenn die Umstände des Falles es rechtfertigen, insbesondere wenn die Zustimmung nicht vorher eingeholt wurde, von der Bedingung abhängig gemacht werden, daß der frühere Stelleninhaber wieder eingeführt wird. Vor der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand oder Entlassung ist dem Beamten und auf seinen Antrag auch der Beamtenvertretung Gelegenheit zur Aeußerung zu geben. 7 Punkte.

Bilder vom deutschen Städtetag..

Von **Dr. Paul Michaelis.**

Wer kennt die Völker, zählt die Namen . . . . .
Seit dem König Heinrich, dem Städtebauer, ist ein Jahrtausend verflossen, und in dieser ganzen Zeit ist, von einigen Episoden der Stockung und des Rücklaufs abgesehen, das deutsche Städtewesen mächtig aufgeblüht. Wie viele Kräfte sich auf diesem Gebiet regen, wie groß die Zahl hervorragender Persönlichkeiten ist, die sich in den Dienst der deutschen Stadt gestellt haben, das brachte der 6. deutsche Städtetag, der am 24.—26. September in Hannover stattfand, zum sinnfälligen Ausdruck.

Nach einem Jahrzehnt der Verwirrung, in dem auch die deutschen Städte sich nur mühsam am Rande des Abgrundes weitertasteten, bietet sich ihnen ein verheißungsvoller Ausblick auf einen neuen Aufstieg. Gewiß konnten auch bereits die Teilnehmer des fünften Städtetages, der im Juni 1921 in **Stuttgart** stattfand, tiefe Eindrücke, trostreiche Mahnungen und Erwartungen mit nach Hause nehmen. Sie hatten nicht bloß in dieser Perle unter den deutschen Städten süddeutsche Gastfreiheit kennen und schätzen zu lernen Gelegenheit, sondern sie rangen sich auch damals schon wieder zu einem starken Bekenntnis zur Selbstverwaltung durch, die auch im neuen Reich das Fundament und die Voraussetzung kräftigen nationalen Lebens bleiben muß. Aber in Hannover war es doch noch anders. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich in den letzten drei Jahren doch schon wieder etwas konsolidiert, und dazu stellte es sich heraus, daß die Reize Hannovers, dieser gepflegtesten, saubersten und doch von mächtigem Leben erfüllten norddeutschen Großstadt, in der besonders die Vertreter der kommunalen Interessen so viel sehen und lernen können, eine gesteigerte Anziehungskraft ausgeübt hatten. Aus allen Richtungen der Windrose waren die Repräsentanten des deutschen Städtewesens, Magistratsmitglieder wie Stadtverordnete, in Scharen gekommen; schon die stattliche Teilnehmerzahl von weit über 1000 Personen, das doppelte der Stuttgarter Tagung, bewies den glücklichen Griff bei der Auswahl des diesmaligen Tagungsortes, ließ aber auch erkennen, daß sich das kommunale Leben und Streben im deutschen Volk wieder auf dem aufsteigenden Ast befindet.

Von den prominenten Führern unserer Kommunalpolitik, die so zahlreichen Köpfen ein fruchtbares Betätigungsfeld bietet und als die beste Vorschule der hohen Politik angesehen werden kann, fehlte kaum ein Name von Klang. Höchstens konnte man die Anwesenheit des früheren **Oberbürgermeisters Luther** vermissen, der in Stuttgart den programmatischen Satz gesprochen hatte: „Wir müssen dazu kommen, daß unser Verhältnis zu Reich und Staat auf feste und geordnete Grundlage gestellt wird." Es ist begreiflich, daß man dem jetzigen **Finanzminister Luther** dieses Wort in Hannover mit der Bitte vorhielt, sich zum Vollstrecker seines eigenen Programms zu machen. Sonst aber waren sie alle gekommen, an der Spitze der Berliner Oberbürgermeister **Böß,** der kluge und gewandte **Adenauer-Köln,** der erste Bürgermeister Hamburgs **Dr. Petersen,** der erste Bürgermeister von München **Schmid, Kuno-Hagen, Dr. Eichhoff-Dortmund,** aus Dresden neben dem Oberbürgermeister **Blücher** der zweite Bürgermeister Dr. **Kulz,** dessen Vortrag „Zurück zur Selbstverwaltung" den Höhepunkt der Tagung bedeutete. Der ausgezeichnete Oberbürgermeister von Nürnberg, **Dr. Zuppe,** den man als einen unserer allerersten Kommunalpolitiker bezeichnen darf, Dr. **Lohmeyer-Königsberg,** dessen kommunale Tätigkeit gleichfalls vorbildlich ist, und viele andere, besonders auch aus dem besetzten Gebiet, deren Aufzählung zu weit führen würde.

Um so auffälliger war es, daß das bisherige Oberhaupt der Gaststadt Hanover, Oberbürgermeister **Lei-**

nert der Tagung fernblieb. Der ärgerliche Abbaukonflikt ist bekannt. Zwischen der Hannoverschen Stadtverwaltung einerseits und Herrn Leinert andererseits klafft ein unüberbrückbarer Gegensatz; und während Leinert in einem Sanatorium seine Nerven kuriert, beantragt der Magistrat bei der Aufsichtsbehörde das Disziplinverfahren auf Dienstentlassung. Gewiß, der zweite Bürgermeister Fink suchte durch verdoppeltes Entgegenkommen diese Lücke vergessen zu machen, aber besonders bei den sozialdemokratischen Teilnehmern machte sich doch eine starke Verstimmung geltend; wenn es auch noch rechtzeitig gelang, den Städtetag über die drohende Klippe hinwegzubringen.

In sachlicher Beziehung brachte der sechste Städtetag ein starkes erneutes Bekenntnis zur städtischen **Selbstverwaltung.** Die im Anschluß an die Referate von Kulz-Dresden und Mann-Erfurt angenommene Entschließung nahm scharfe Stellung gegen die Zurückdrängung der kommunalen Selbstverwaltung durch Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches und der Länder und kennzeichnet die Selbstverwaltung als einen unerschütterlichen Bestandteil der öffentlichen Verwaltung, die in einer Zeit neuen Aufbaus als lebendige Quelle schöpferischer Volkskraft doppelt notwendig sei. Das zweite Thema, die Vereinheitlichung des deutschen Städterechts, über die die Oberbürgermeister von Dresden und Nürnberg referierten, stellt einen großzügigen Versuch dar, ein Reichsrahmengesetz für die deutsche Städteverfassung zu schaffen. Daß es nicht gar so bald gelingen wird, dieses Reichsgesetz zu verwirklichen, darüber waren sich die Praktiker unserer Kommunalpolitik klar. Aber sie hoffen zu erreichen, daß durch den vorliegenden Entwurf wenigstens etwas mehr Einheitlichkeit in die Fülle der deutschen Städteordnungen gebracht wird; die heute verwirrt und nicht gerade dem notwendigen Einfluß auf unser nationales Leben förderlich ist.

Neben den sachlichen Arbeiten blieb auch noch Raum für die Pflege der Geselligkeit, die ja bei solchen Zusammenkünften nicht gleichgültig ist. Was Hannover an Abwechselung bieten kann, das hatte es aufgewandt und seine grandiose Stadthalle ebenso wie sein herrliches neues Rathaus erfüllte die Besucher mit Bewunderung. So war der Städtetag in seiner Totalität eine machtvolle Kundgebung der deutschen Gemeinden, die mehr als je von Lebenswillen erfüllt sind. Sie wollen keine Brosamen, aber sie sprechen wie Diogenes zu Alexander: Geh mir ein wenig aus der Sonne!

Von Rhein und Ruhr.

WTB **Düsseldorf**, 1. Okt. Die Verhandlungen der technischen Konferenz in Düsseldorf wegen des Schiffahrtsverkehrs sind zum Abschluß gebracht. Am 1. Oktober werden die Verträge, die mit dem Schleppamt der Duisburg-Ruhrorter Hafenverwaltung abgeschlossen sind, aufgehoben. Die für den Eisenbahnbetrieb im Duisburg-Ruhrorter Hafen mit der Regie abgeschlossenen Verträge bleiben in Gültigkeit bis der Eisenbahnbetrieb auf die deutsche Reichsbahngesellschaft übergegangen ist.' Die genannten Verwaltungen sind damit wieder vollkommen frei. Die militärische Ueberwachung entfällt und die Tarifhoheit ist wiederhergestellt. Sie vermögen ihre Anlagen in vollem Umfange wieder auszunützen. Den alliierten Missionen ist das Versprechen gegeben, daß die zum Transport von Wiederherstellungsgütern erforderlichen Leistungen erfüllt werden. Das sind für Kohlen das Schleppen und Schleusen von 250 000 Tonnen monatlich auf dem Rhein-Herne-kanal und der Umschlag im Ruhrorter Hafen bis auf 1500 Wagen täglich für die Zeit vom 1. bis 20. Oktober bis 24600 Waggon im ganzen.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

„" **Olpe**, 3. Okt. Das hiesige Lehrerseminar beginnt die Reihe der Winterkonzerte am nächsten Sonntag mit einem Kammermusikabend des **Schiering-Quartetts** vom Staatl. Konservatorium Würzburg. Diese Kammermusikvereinigung besteht zum größten Teile aus den Mitgliedern des hier in Olpe wohlbekannten Schorg-Quartetts, welches nach dem Ableben des Professor Schörg in Professor Schiering an der 1. Geige einen neuen Führer erhalten hat. Die Olper Musikfreunde werden es begrüßen nach 2 Jahren einmal wieder ein Streichquartett zu hören und mit besonderem Interesse Vergleiche zwischen der Kunst Schörgs und Schierings ziehen. Wenn man sich des tiefen Eindrucks erinnert, den die Kunst der „Würzburger" stets bei uns hinterlassen hat, so darf man sich auf das 1. Konzert in der Seminaraula, welche bekanntlich für Kammermusik wie geschaffen ist, mit Recht freuen.

*

40 **Olpe**, 3. Okt. **Die „Radio-Brille" in Olpe.** Dieser unübertreffliche Millowitsch-Lachschlager wird am Sonntag, 5. Oktober, abends 8 Uhr im Schwanensaale durch die bekannten und beliebten Kölner Schauspieler der Millowitsch-Bühne zur Aufführung gelangen. Kein Schwank hat einen solchen Erfolg gehabt, wie diese aktuelle Tü[illegible]komödie. Sie erlebte unzählige Wiederholungen und wurde von der Kritik als ein Meisterwerk der Komik bezeichnet. Lachsalven lösen Sachsalven ab die tollsten Verwicklungen, Radio, Geisterserscheinungen, wandernde Möbel wirken zwergfellerschütternd auf die Lachmuskeln der Zuhörer. Willi Clasen selbst spielt den Junior und gibt dem ganzen Stücke den Mittelpunkt. Um zur Seite stehen die glänzenden bekannten Kräfte: K. v. Perlstein als „verrückter Schauspieler", Hanne Belz als „lustige Witwe" und Charlotte Landau als „Radiotante." Die „Radio-Brille" ist ein Ereignis für das Theaterpublikum. Näheres siehe Plakate und Inserat.

!! **Olpe**, 3. Okt. **Kartoffelernte!** Die Kartoffelernte ist im Gange. Unsere Jugend muß auch dabei sein, und so hat der Landrat Ferien angeordnet. Mit **Ausnahme der Städte Olpe und Attendorn** beginnen die Ferien in sämtlichen Schulen mit dem 6. Oktober und endigen am 19. Oktober. Am 20. Oktober müssen die Kinder wieder in die Schule.

:: **Olpe**, 3. Okt. **50 Jahre Preußisches Standesamt.** Der Minister des Innern hat den Standesbeamten in Preußen anläßlich des 50jährigen Bestehens des preußischen Standesamtes am 1. Oktober durch besonderen Erlaß seinen Dank ausgesprochen.

!0! **Olpe**, 2. Okt. Aus gewerblichen Kreisen schreibt man uns: In der letzten Stadtverordnetenversammlung hat der Herr Bürgermeister bei seinem Vortrage über die in Vorschlag gebrachten Gewerbesteuern u. a. erwähnt, daß der in Aussicht genommene Zuschlag von 500 Prozent im Vergleich zu manchen anderen Orten nicht hoch sei. Hierüber ist man jedoch in der Bürgerschaft sehr geteilter Meinung. Jedenfalls wird von vielen, gut orientierten Leuten angenommen, daß dieser hohe Zuschlag nicht erforderlich sei, da die Grundlage für die Bemessung der Gewerbesteuer viel zu niedrig angenommen sei. Im übrigen sei folgendes an dieser Stelle erwähnt: Die steuerliche Belastung von Gewerbe und Industrie ist heute bereits eine derartig hohe, daß den meisten Betrieben keine flüssigen Mittel mehr hierfür zur Verfügung stehen. Man vergegenwärtige sich nur einmal, welches Bündel an Steuern z. B. im Monat Oktober aufzubringen ist, zunächst die Rentenbankumlage deren zweite Hälfte jetzt fällig ist also dann Vorauszahlung auf die Einkommensteuer, letztere in einer Höhe, welche bei dem gegenwärtigen schlechten Geschäftsgang, wo in vielen Fällen von einem Gewinn überhaupt nicht die Rede sein kann, geradezu ruinös wirkt. Ferner kommt in Betracht die auf die Einkommensteuer aufbauende, auch entsprechend hohe Kirchensteuer; es folgt die Grundsteuer und im Verein damit, die außerordentliche hohe Hauszinssteuer, welche nicht allein von den Wohngebäuden, sondern auch, wie hier ausdrücklich bemerkt sei, von allen dem Gewerbe und der Industrie dienenden Gebäulichkeiten bezahlt werden muß. Dazu kommen dann noch die hohen Abgaben für die Krankenkasse, Invalidenversicherung und Berufsgenossenschaft. In sicherer Aussicht stehen ferner die hohen Opfer des Dawesplanes. Es fehlt wirklich nicht mehr viel daran, daß eine große Anzahl Gewerbetreibender, angesichts der hohen Banzinsen, bald finanziell versagen muß. Die Situation ist sehr ernst, schlimmer jedenfalls als vielen Fernstehenden bisher zum Bewußtsein gekommen ist. Es muß unbedingt bald Steuer-Erleichterung geschaffen werden, wie das auch in sämtlichen Entschließungen der Industrie- und Handelsverbände, sowie Handelskammern in der letzten Zeit klipp und klar zum Ausdruck gekommen ist. Es ist daher erforderlich, daß auch in unserem Gemeinwesen aufs äußerste gespart wird und alle nicht unbedingt nötigen Ausgaben heute unterbleiben. Hoffentlich werden sich unsere Stadtväter samt und sonders von diesem Gedanken bei der bevorstehenden Beratung des städtischen Etats leiten lassen, denn es können bei gutem Willen fast überall noch Ersparnisse gemacht werden, nicht zuletzt auch noch bei der Gewerbesteuer.

Provinzielles.

WTB **Hagen**, 1. Okt. **Schwerer Diebstahl.** Einem durchreisenden Kaufmann wurden auf der Fahrt von Frankfurt nach hier der Reisekoffer mit fünf goldenen Herrenuhren, 36 Damenarmbanduhren mit Brillanten und eine Aktentasche entwendet.

WTB **Hagen**, 2. Okt. **Der Ankauf der Kleinbahn Haspe-Breckerfeld** war gestern Gegenstand einer eingehenden Erörterung der Finanzkommission der Stadtverordnetenversammlung. Nach dem vorgelegen Vertragsentwurf der Hagener Straßenbahn A.-G. will die Stadt Hagen schuldnerische Bürgschaft übernehmen. Die Ankaufskosten die in 5 Jahren abgetragen sein sollen betragen sich auf 850 000 Mark, dazu kommen die Kosten für Elektrisierung der Bahn in Höhe von 60 000 Mark. In den ersten Jahren wird die neu Bahn einen Zuschusses aus den Mitteln der Gesellschaft bedürfen. Nach [illegible] der Ausschuß der Finanzausschuß dem Ankauf der Bahn und der Uebernahme der Bürgschaft zu. Am Freitag wird die Angelegenheit die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen.

WTB **Essen**, 2. Okt. **Oelbehälterexplosion.** Durch Kurzschluß entstand in der Maschinenkammer der vierten Sohle der Zeche „Karl Funcke" in Hetlingen eine Explosion des Oelbehälters, die einen Brand zur Folge hatte, der auf die dritte und vierte Sohle übergriff. Durch die Brandgefahr wurde eine Anzahl der in der Grube befindlichen Bergleute zunächst an der Ausfahrt gehindert und in Gefahr gebracht. Die in großer Zahl auch von den Nachbarzechen erschienenen Rettungsabteilungen brachten in verhältnismäßig kurzer Zeit sämtliche Leute unverletzt zu Tage. Drei Bergleute erlitten leichte Gasvergiftungen, die jedoch zu ernsten Besorgnissen keinen Anlaß geben, so daß glücklicherweise Menschenleben nicht in Gefahr sind. Die Löschungsarbeiten sind noch im Gange.

WTB **Düsseldorf**, 1. Okt. **Entzündung ausgeströmten Gases.** Am Sonntag abend war in einem Hause der Bremer Straße in einem Zimmer die Gasleitung undicht geworden und das Gas aus der Gasleitung herausgeströmt. Als der Bewohner mit einer brennenden Zigarre das Zimmer betrat, entzündete sich das Gas, wodurch der Bewohner Brandwunden am Kopf erlitt und eine Zimmerwand eingedrückt wurde.

() **Düsseldorf**, 1. Okt. **Großer Gemäldediebstahl.** In der Nacht vom 29. zum 30. September 1924 wurde in der Städtischen Kunsthalle Hindenburgwall ein großer Diebstahl ausgeführt, wobei die Diebe acht der wertvollsten Bilder aus den Rahmen schnitten und mit sich gehen hießen. Gestohlen wurden: Knaus, Bildnis einer Dame in weißem Gewand, Lautier, ovales Brustbild einer älteren Dame in braun-violetter Taille, Hasenclever, Schwärmerisch zum Monde aufblickendes Mädchen am Fenster, M. v. Schwind, Käthchen von Heilbronn, Buchholz, Forsthaus im Walde, Arnold Böcklin, Brustbild der Kleopatra, Mares, Drei nackte Männer sowie ein Max Liebermann, Kartoffelernte. Zur Ergreifung der Diebe bzw. Wiederbeschaffung der Gemälde wurde seitens der Düsseldorfer Polizei eine Belohnung von 20 000 Mark ausgesetzt.

() **Ahrweiler**, 1. Okt. In der Nacht zum Samstag wurde **in die Pfarrkirchen** zu Kesseling und Herschbach **eingebrochen.** Die Einbrecher stahlen in Kesseling einen messing- und einen silbervergoldeten Kelch, in Herschbach eine wertvolle Monstranz. Es wird vermutet, daß drei aus dem Zuchthause in Rheinbach ausgebrochene Strafgefangene die Täter sind.

WTB **Duisburg**, 1. Okt. **Seltsames Verlangen.** Der Arbeiter Petsch aus Hamborn war wegen Einbruchs in ein Damenbekleidungsgeschäft zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Er legte gegen das Urteil Berufung ein, die sich aber nicht, wie man vielleicht erwarten könnte, gegen die Höhe der Strafe richtete. Der Verurteilte verlangte vielmehr Zuchthausstrafe und drohte sogar, daß, wenn er diese Strafe nicht erhielte, er schon für Zuchthausstrafe sorgen werde. Seine Berufung aber wurde verworfen und der Verurteilte muß einstweilen sein Zuchthausesehnen noch meistern.

WTB **Duisburg**, 1. Okt. **Ein mutiger Lebensretter** war der Enno Martin von hier. Als ein Schiffer mit einem Nachen seine Tochter an Land bringen wollte, kenterte der Kahn. Während der Schiffer sich selbst an dem gekenterten Boot festhalten konnte, wurde die Tochter von der Strömung abgetrieben. Der Bergpraktikant Enno Martin, der gerade auf dem Rheindamm stand und den Unglücksfall sah, warf schnell Mantel und Rock ab, stürzte sich in die Flut und rettete unter eigener Lebensgefahr zuerst die Tochter und dann den Vater. Schon im vorigen Sommer hatte der kühne Retter zwei Kinder wagemutig aus dem Wasser geholt.

() **Gescher**, 1. Okt. Der Knecht des Viehhändlers Dr. von hier wurde auf der Weide von **einem Bullen angegriffen und schrecklich zugerichtet.** Das wütende Tier konnte nur mit größter Anstrengung von seinem Opfer vertrieben werden. Der bedauernswerte junge Mann wurde ins Krankenhaus gebracht wo er hoffnungslos darniederliegt.

WTB **Zell**, 1. Okt. **Verhängnisvolle Kesselexplosion.** In Hermannsburg explodierte auf dem Hofe eines Landhauses der Kessel der Dampfdreschmaschine. 3 in der Nähe stehende Kinder wurden getötet, ein viertes schwer verletzt. Es liegt in hoffnungslosem Zustande im Zeller Krankenhaus, 2 weitere Kinder trugen leichtere Verletzungen davon.

() **Königswusterhausen**, 1. Okt. **Gerüstzusammenbruch.** Beim Abladen schwerer Eisenröhre auf dem Gelände der großen Funkstation Königswusterhausen brach ein Hausgerüst zusammen, an welchem ein Flaschenzug befestigt war, dessen man sich beim Abladen bediente. Ein Arbeiter wurde auf der Stelle getötet, ein anderer erlitt schwere Verletzungen.

)(**Hian**, 1. Okt. **Selbstsame Todesursache.** Ein Anwohner der Itterstraße zog sich beim Aufziehen einer Weinflasche durch das Zerspringen des Glases eine Verletzung an der Hand zu, die seine Ueberführung ins Krankenhaus nötig machte. Anfangs heilte die Wunde gut, auf einmal aber trat Starrkrampf ein, da sich anscheinend im Blute des Mannes, der im Kriege schwerverwundet gewesen war, noch Giftstoffe befanden. Der Mann ist jetzt seinen Verletzungen erlegen.

)(**Habelschwerd**, 1. Okt. **Raubüberfall im Zuge.** Zwischen Habelschwerdt und Bad Langenau in Schlesien verübten zwei Banditen einen Ueberfall in einem fahrenden Zuge. Sie bedrohten einen Reisenden der dritten Klasse mit der Waffe und forderten sein Geld. Der Zug wurde zum Stehen gebracht. Die Täter flüchteten. Einer von ihnen konnte verhaftet werden.

Sport.

Spielvereinigung Olpe.

Mit dem kommenden Sonntag beginnen für den Bezirk Lenne, Westdeutscher Spielverband die **Meisterschaftsspiele für Fußball.** Als erster Gegner tritt der 1. Elf der Spielvereinigung Olpe die 1. Elf des Spiel- und Sportvereins Attendorn am Sonntag, einhalb4 Uhr auf dem Kreuzberg gegenüber. Attendorn ist als Gegner sehr ernst zu nehmen, unterlag doch die Mannschaft am vergangenen Sonntag nur knapp mit 4:3 Toren dem V. f. B. Altena der als Favorit für die diesjährige Meisterschaft gilt.

Vor dem Spiel findet ein **Handballmeisterschaftsspiel** der 1. Handballmannschaft der Spielvereinigung Olpe gegen die gleiche Mannschaft des V. f. B. Siegen statt. Diese Sportart, die bisher in Olpe noch nicht gezeigt wurde, wird sich die Herzen aller Sportfreunde im Fluge erobern.

Außerdem findet noch ein **Jugend-Diplomspiel** der 1. Jugend Olpe gegen 1. Jugend Attendorn statt. Es wird also in sportlicher Beziehung am kommenden Sonntag in Olpe viel geboten. Die Spiele dürften ihre Anziehungskraft auf das Publikum nicht verfehlen.

Deutsche Turnerschaft.

Im 8. Bezirk des Märkischen Turngaues wird der Gerätewettkampf in diesem Jahre am **Sonntag**, dem 19. Oktober in Schmallenberg ausgetragen. Die Wetturner und Kampfrichter sollen spätestens am 10. Oktober beim Bezirksschriftwart angemeldet sein. Den auswärtigen Turnern, die schon am Vorabend nach Schmallenberg kommen, werden bei rechtzeitiger Anmeldung nach Möglichkeit Freiquartiere gestellt.

Letzte Telegramme.

WTB **Hagen**, 3. Okt. (Drahtb.) Ein von Dennhausen kommendes Flugzeug der Westflug G. m. b. H., nahm bei Oppenhausen eine Notlandung vor, weil der Führer glaubte, wegen des herrschenden Nebels den Flug nicht mehr fortsetzen zu können. Die Notlandung vollzog sich ohne Bruch.

WTB **Mainz**, 2. Okt. **(Schwerer Zugzusammenstoß.** Auf den um 12einhalb von hier abfahrenden Basler Schnellzug, der infolge Defekts im Tunnel zwischen Haupt- und Südbahnhof gezwungen war, zu halten, fuhr der um 12,18 Uhr hier abfahrende Mainzer Personenzug auf. Bei dem Zusammenstoß gab es mehrere Tote und Verwundete. Der vordere Teil des Baseler Zuges konnte weiterfahren. Die Bergungsarbeiten im Tunnel sind mit großen Schwierigkeiten verbunden. Einzelheiten fehlen noch.

WTB **Mainz**, 2. Okt. **Zu dem Eisenbahnunglück** in dem Tunnel zwischen Mainz-Hauptbahnhof und Südbahnhof wird noch mitgeteilt, daß der Baseler Schnellzug infolge Achsenbruches im Tunnel liegen geblieben sei. Bisher sind 6 Tote und 6 Schwerverletzte festgestellt worden. Außerdem ist eine Reihe von Personen leicht verletzt. 5 Eisenbahnwagen wurden beim Zusammenstoß ineinandergeschoben.

WTB **Mainz**, 2. Oktober. Zu dem Mainzer Eisenbahnunglück wird noch gemeldet, daß die Toten und Schwerverletzten in das französische Militärlazarett gebracht wurden. Von dort wurden acht Schwerverletzte im Laufe der Nacht nach dem städtischen Krankenhause gebracht. Hier sind vier von ihnen bereits ihren Verletzungen erlegen. Bei zwei der Toten konnten die Personalien festgestellt werden, die aber bisher den deutschen Behörden nicht bekannt wurden, da die Identifizierung der Toten durch die französische Kriminalpolizei vorgenommen wird. Die Zahl der Getöteten wird nach den bisherigen Feststellungen auf vierzehn geschätzt, die der Schwerverletzten dürfte ebenso hoch sein. Die bisher festgestellten Namen der Toten sind:

Arthur Stuve aus Hamburg, Dammstraße 34,
Georg Engel aus Bildel, Bachstraße 32.

Von den Verletzten wurden festgestellt:
Hermann Mittler aus Pforzheim,
Spahn aus Kassel,
Könnike aus Holzhausen,
Krieger, ohne Wohnung.

Von einem getöteten Kinde konnte der Name noch nicht festgestellt werden. Die meisten Verletzten sind Fahrgäste des D-Zuges gewesen. Gestorben ist auch ein französischer Regiebeamter.

Die Ursache des Eisenbahnunglücks wird verschiedenartig beurteilt. Es heißt daß ein Bremsdefekt eingetreten sei. Dann habe das Signal versagt. Die Verletzungen der Reisenden sind zum Teil schwer. Einem Manne mußten beide Beine abgenommen werden, um ihn am Leben zu erhalten. Die aus dem Tunnel Geretteten sind vom Rauch völlig geschwärzt. Die Rettungsarbeiten sind sehr erschwert. Die Gaststätten sind geplatzt, so daß das Gas ausgeströmt ist. Der Tunnel ist mit Gas und Rauch angefüllt, welches keinen Abzug hat. Der Tunnel nach dem Hauptbahnhof wurde sofort gesperrt.

WTB **Mainz**, 2. Okt. Das Eisenbahnunglück trug sich nach den bisherigen Feststellungen wie folgt zu: Beim Passieren des Tunnels zwischen dem dem Hauptbahnhof und dem Bahnhof Süd verlegte am DZug 670-656 Köln-Mannheim die Luftdruck-Bremse so das der Zug im Tunnel hielt. Infolge Versagens der Blockfahrtsicherung auf dem Hauptbahnhof war das Geleise im Tunnel nicht rückgesichert. Obwohl von der Blockstelle Mainz-Süd des Tunnelausganges der D-Zug noch nicht zurückgemeldet war und somit das Gleise nicht freigemeldet war, ließ der verantwortliche Fahrdienstleiter vom Mainzer Hauptbahnhof den 10 Minuten später fahrenden Personenzug 682 Mainz-Worms nach dem Tunnel zu ab. Der Lokomotivführer des Personenzuges konnte wegen des dichten Qualms und wegen der Biegung des Tunnels den haltenden D-Zug nicht sehen und fuhr in ihn hinein. Die letzten Wagen des D-Zuges wurden schwer beschädigt, ebenso die Lokomotive des Personenzuges.

WTB **Mainz**, 2. Oktober. Die Aufräumungsarbeiten sind soweit fortgeschritten, daß seit heute früh 6,45 Uhr der Zugverkehr wieder aufgenommen werden konnte. Da die Unglücksstelle vollständig abgesperrt ist und die Franzosen in ihren Mitteilungen sehr zurückhaltend sind, ließ sich bisher noch keine genaue Feststellung machen über die Zahl der Toten und Verwundeten.

Wirtschaftliches.

WTB **Berlin**, 1. Okt. Für die **Umrechnung der** Ausfuhrwerte zur Berechnung der Reichsgebühr in Gold bei Erteilung von Aus- und Einfuhrbewilligungen ist künftig der amtliche Berliner Börsenkurs des letzten Börsentages im Monat für den ganzen folgenden Monat anzuwenden. Die Festsetzung und Veröffentlichung besonderer Kurse für diese Umrechnung findet nicht mehr statt.

WTB **Berlin**, 1. Okt. Reichspostminister Dr. **Höfle** eröffnete am 29. September die 3. Sitzung des **Verwaltungsrates der deutschen Reichspost** mit dem Hinweis darauf, daß auch die Eisenbahn inzwischen eine Umgestaltung erfahren habe. Der Absicht des Reichskabinetts, eine Preissenkung vorzunehmen, komme die Reichspost mit dem vorgeschlagenen Tarif entgegen. Ihr Streben gehe dahin, **die jetzigen** Gebühren nach und nach wieder **den Friedensplätzen anzunähern,** wie es ja beim Briefporto mindestens schon der Fall ist. Ferner wurde die Vorlage betr. Ermäßigung der Postanweisungs-, Postscheck- und Postkreditgebühren angenommen. Es wurde eine Entschließung gefaßt, daß vom Reichspostminister möglichst bald eine allgemeine Herabsetzung der Telegrammgebühren herbeigeführt werde. Angenommen wurde die Vorlage betreffend Ermäßigung der Fernsprechgebühren, sowie die Drucksachen, wodurch eine nennenswerte Erleichterung des Betriebsdienstes erzielt wird.

WTB **Berlin**, 1. Okt. Die auf den Stichtag des 20. September berechnete **Großhandelsindexziffer** des Statistischen Reichsamts soll gegenüber dem Stande vom 23. September (130,0) weiter um 1,2 vom Hundert auf 131,5 an. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von 125,9 auf 128 oder um 1,7 vom Hundert, davon die Gruppen Getreide und Kartoffeln von 116,4 auf 118,4 oder um 1,7 vom Hundert, ferner Industriestoffe von 137,8 auf 138,1 oder um 0,2 vom Hundert. Die Gruppe Kohle und Eisen blieb unverändert (128,5). Die Inlandswaren sogen von 124,5 auf 126,1 oder um 1,3 vom Hundert, die Einfuhrwaren von 157,7 auf 158,6 oder um 0,6 vom Hundert an. Für den Durchschnitt des September ergibt sich eine Steigerung der Großhandelsindexziffer von 120,4 auf 120,9 oder um 3,4 vom Hundert. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel von 110,9 auf 120,7 oder um 8,8 vom Hundert, die Industriestoffe von 138,2 auf 138,5 oder um 0,2 vom Hundert, die Inlandswaren von 113,0 auf 120,8 oder um 6,9 vom Hundert, die Einfuhrwaren von 157,1 auf 157,7 oder um 0,2 vom Hundert.

Aus der Lohnbewegung.

WTB **Essen**, 2. Okt. Wie die N. W. J. meldet, haben nach Mitteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Verhandlungen zwischen der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie und den am Tarifvertrag beteiligten Metallarbeiterverbänden über die Lohnregelung in der Metallindustrie zu keinem Ergebnis geführt. Die von den Metallarbeiterverbänden geforderte 15prozentige Lohnerhöhung wurde abgelehnt mit der Begründung, daß beim heutigen Stande der Wirtschaft die Metallindustrie nicht in der Lage sei, irgendeine Lohnerhöhung zu tragen. Die Metallarbeiterverbände werden in den nächsten Tagen zu der durch das Scheitern der Lohnverhandlungen geschaffenen Lage Stellung nehmen.

Wetterbericht.

Das Hochdruckgebiet über Osteuropa hat sich etwas nordwärts verlagert und zurückgezogen. Der gestrige Tiefdruckausläufer über Großbritannien ist nach dem Norden fortgeschritten. Bei Island ist der Luftdruck wieder sehr stark gefallen.

Wetteraussichten: Vorübergehend stärker auffrischend und erneute Erwärmung bei nach Süden zurückdrehenden Winden, später zunehmende Bewölkung und Uebergang zu Regen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. K. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtredaktion P. Hüttemann-Olpe; für den lokalen und provinziellen Teil, Feuilleton und Vermischtes: K. Rademacher-Olpe; für die Berliner Redaktion: J. B. Krauß, Berlin-Schöneberg; für den Reklamen- und Anzeigenteil: Ed. Ruegenberg, Olpe.

1. Konzert

in der Seminaraula in Olpe.

Sonntag, 5. Oktbr. 1924, 5 Uhr nachm.

Kammermusikabend Schiering-Quartett.

vom Staatl. Konservatorium Würzburg.

Prof. Ad. Schiering — Prof. Karl Wyrott
Walter Kunkel — Prof. Ernst Cahndley

Beethoven, Streichquartett Op. 18 Nr. 3 D-dur
Brahms, „ Op. 51 Nr. 2 A-moll
Schubert „ Op. 161 G.-dur

Vorverkauf der zum Eintritt berechtigenden Programme zu M. 3,— von Donnerstag, dem 2. Oktober, ab in der Ruegenbergschen Buchhandlung. Schülerkarten zu M. 1,— im Seminar.

Ende gegen 6¼ Uhr.

Städtisches Schauspielhaus, Hagen i. W.

Wochenspielplan vom 29. Sept. bis 5. Okt. 1924.

Freitag, den 3. Okt.: Geschlossene Vorstellung für den B. V. B. „Ein Sommernachtstraum" (7,30—10,30)

Samstag, den 4. Okt.: „Eine Nacht in Venedig" Operette von Johann Strauß (7.30—10,30)

Sonntag, den 5. Okt.: „Eine Nacht in Venedig" Operette von Johann Strauß (7,30—10,30)

Bekanntmachung.

Montag, den 6. Oktober dss. J., vormittags 10 Uhr, sollen im Gasthof „Zum Rauch" in Attendorn 1 Registraturschrank, 1 Regulator, 2 Kommoden, 1 Küchenschrank, 1 kl. Kleiderschrank, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden. (†)3288

Das Finanzamt.



Sie waschen nicht richtig!

— deshalb klagen Sie auch über die „teure Wäsche" und machen sich das Waschen so schwer. Sie können es bequemer und billiger haben. Es gibt ein leichteres und angenehmeres Waschen als die mühselige Handbehandlung mit Waschbrett und Bürste! Nehmen Sie

PERSIL!

Die Wäsche wird einfach kurze Zeit gekocht und ist sauber und fleckenrein! Nur müssen Sie, um eine vollendet schöne Wirkung zu haben, Persil in genügender Menge nehmen und jegliche Mitverwendung von Seife und Seifenpulver vermeiden.

Beachten Sie im übrigen folgendes:

1. Kalt auflösen! Ein Paket auf 2½—3 Eimer Wasser.
2. Die Wäsche in die kalte Lauge legen, langsam zum Kochen bringen und eine Viertelstunde kochen lassen.
3. Gründlich spülen, zuerst gut warm und danach kalt.

Das ist alles!

Der Erfolg — halbe Arbeit, billiges Waschen und eine blütenweiße, frischduftende Wäsche



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend 10½ Uhr unsern lieben Vater, Schwiegervater und Großvater, den

Landwirt

Karl Nebeling

im Alter von fast 86 Jahren infolge Altersschwäche, wohlvorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um ein frommes Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Dahl, Olpe, Elben und Gerlingen, den 2. Oktober 1924.

Die Beerdigung findet statt in Olpe am Sonntag, dem 5. Oktober, nachmittags 3½ Uhr von der kath. Pfarrkirche aus, das Seelenamt am Montag morgen ½7 Uhr. (†)3285)

Schuppen oder Baracke

70 bis 150 qm groß, als Werkstatt geeignet zu mieten bezw. auf Abbruch zu kaufen gesucht.

Schriftl. Angebote befördert die Geschäftsstelle dieses Blattes. (†)3289)

Junge Hündin,

(Bracke) braun mit weißen Abzeichen, vor 8 Tagen abhanden gekommen.

Julius Grünewald, †)3278) Kirchhundem.

Ia. frischen Schellfisch und Ia. neues Delikateß-Sauerkraut

empfiehlt

Jos. Feldmann, Olpe.

Durchaus zuverlässigen

Nachtswächter

gesucht.

Gebr. Kemper, Olpe.

Kath. Kirchenchor.

Heute abend

gemeinsame Probe.

Viel Geld!

können Sie verdienen, wenn Sie durch zweckmäßige Kundenwerbung Ihren Umsatz vergrößern. Eine gut ausgeführte Drucksache trägt viel dazu bei.

Verlangen Sie kostenlosen Vertreterbesuch.

Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe.



Kathreiner- kost Daime!

– Das Urteil von Millionen –



Regen und Kälte

können Ihrem Schuhzeug nicht schaden, wenn Sie es täglich mit der reinen Terpentinölware

Nigrin

pflegen. Die tausend Schuhwaren kann man nicht besser schützen.

Schwanensaal Olpe!

Nur einmaliges Gastspiel
von Mitgliedern des ehemaligen
Millowitsch-Theaters
Sonntag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr

Lachen!

Die Radio-Brille

Lachen!

der tollste Schwank der Gegenwart mit
Willi Claßen,
dem unvergleichlichen Tünnesdarsteller,
Hanne Belz, Hilde Grüner, Charlotte Landau, Walther v. Perlstein.

Die Radio-Brille ist das Tagesgespräch in allen Großstädten.

Karten sind im Vorverkauf zu haben im Hotel zum Schwanen zum Preise von M. 1,— bis 1,50 exklusiv Steuer.

Lachen!

Weihnachtsbäume!

Kaufe jedes Quantum ab Wald oder frei Bahnhof zum höchsten Tagespreis.

Angebote erbittet (†)3277

P. H. Schwermer, Heinsberg (West.).

Linoleum-

Teppiche
Vorlagen
Läufer

Cocosläufer

Fussmatten

A. Zimmermann,
Olpe b. Landratsamt.
Tel. 290.

Sonntag, den 5. Oktober auf der Griesemert bei Albus

großes Preisschießen

Sonntag, den 19. Oktober

veranstaltet die Ges. „Fröhlichkeit" ein

Fahrradrennen,

wozu alle Radfahrer eingeladen sind.

Gesamtpreis 150,— Mark.

Berufsrenner und Räder mit Schlauchreifen sind nicht zulässig.

Anmeldungen bei Joseph Albus, Griesemert, Karl Becker, Olpe, Jos. Sieler, Wenden, Alois Bertram, Drolshagen und Jos. Becker, Altenkleusheim.

Der veranstaltende Verein.



Am Sonntag, dem 5. Oktober,

Konzert u. Ball

Streichmusik.

Anfang 4 Uhr. **Anfang 4 Uhr.**

Es ladet freundlichst ein (†)3284)

Jos. Maiworm, Eichen.

Husten Atemnot

Verschleimung.

Schreibe allen Leidenden gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von ihren schweren Lungenleiden selbst befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.

Walther Althaus
Heiligenstadt (Eichsfeld) O. 1.

Dankende Anerkennung!

Bestätige gern die wohltuende Wirkung des Sozon-Elixier. Schon nach dem Gebrauch der 1. Flasche trat eine merkliche Besserung ein. Vor allen Dingen war die Schlaflosigkeit ganz beseitigt.

Obiges bestätige gern mit bestem Dank

E. Hegenberg, Elberfeld, Bacht.

Das ges. gesch. mehrfach prämiierte

Sozon-Elixier

tausendfach bewährt bei

Schlaflosigkeit, Herz- u. Nervenleiden.

Allein echt:

Wörishofener Naturheil-Zentrale, Elberfeld.

Zu haben:

Apotheke in Olpe,
Apotheke u. Drogenhandl. Drolshagen,
Drogerie Fritz Beckmann, Grevenbrück

Gottesdienst-Ordnung.

Samstag, den 4. Oktober.

— Fest des hl. Franziskus. —

Kapelle im Mutterhause.

8 Uhr Levitenamt mit Predigt und Segen.
2 Uhr Andacht mit Segen.